

Rapid schlägt Innsbruck 7000 waren in Hütteldorf

WIEN (AZ). Vier Spiele der Ersten Division in der Fußballbundesliga erweckten die Hoffnung, daß die Zuschauerflaute behoben werden kann. Beim Grassl Stadterby zwischen Sturm — GAK (1:1) waren 12.000 Zuschauer, beim Spiel Rapiers gegen Innsbruck (3:1) in Hütteldorf 7000.

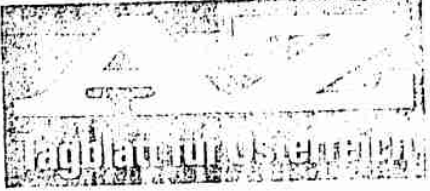
Den Fast-Meister Austria sahen in der Südstadt gegen Admira (1:1) 4000 Besucher, und nur das Match VOEST gegen Vienna (2:1) im Linzer Stadion ging vor der

schwachen Kulisse von 1000 Besuchern vor sich. Nach der 26. Runde führt Austria (41) vor Rapid mit 28 Punkten (Bericht auf Seite 13).

Einbrecher bei Anwalt Millionenbeute in Wien

WIEN (AZ). Das war eine „fette Beute“: beim Einbruch in die Wohnung des Rechtsanwalts Dr. Franz S. in der Nelkenasse in Wien-Mariahilf fielen den Tätern in der Nacht zum Samstag Schmuck, Pelzmäntel und Silbergeschirr um 1 Million Schilling in die Hände.

Die Einbrecher hatten offenbar ein leichtes Spiel. Sie dürften den Anwalt schon seit längerer Zeit beobachtet haben. Als Dr. Franz S. Freitag um 16 Uhr das Haus verließ, schlugen die Täter zu. Bei seiner Rückkehr gegen 21.45 Uhr fand der Rechtsanwalt nur noch die leere Wohnung vor. Eine Großfahndung läuft.



Sonntag, 26. Februar 1978 • Nr. 57 • S 3,50

Arbeiter-Zeitung • Liro 400, Din. 8, DM 0,60
GEGRÜNDET 1889 • TELEFON 53 56 16 • P. b. b.

Die U-Bahn hatte Premiere: Volksfest für 150.000 Wiener

Heute und alle Sonntage im März Gratisfahrt mit der U 1

WIEN (AZ). Einen Ansturm sondergleichen erlebte die Wiener U-Bahn, deren erstes Teilstück der U 1, Karlsplatz—Reumannplatz, am Samstag von Bundespräsident Kirchschläger und Bürgermeister Gratz eröffnet wurde. Fast den ganzen Tag über zählte man pro Stunde rund 50.000 Fahrgäste, die in den „Silberpfählen“ das neue U-Bahn-Gefühl auskosteten. Auf dem Karlsplatz allein zählte man zeitweise 20.000 Neugierige.

Die Vorteile der Wiener U-Bahn könne man nicht erklären, die müsse man erleben, meinte der Wiener Bürgermeister und lud alle zu Gratisfahrten für heute und für alle Sonntage im März auf der U 1 ein. Der Run auf Wiens „Unterwelt“ ist pränotiert.

Bis 1981 werden die Linien U 1 vom Reumannplatz bis zum Praterstern, die U 4 zwischen Heiligenstadt und Hütteldorf sowie die U 2 zwischen Karlsplatz und Schottenring in Betrieb stehen. Bis zum Stephansplatz wird man schon nächstes Jahr fahren können. Bericht Seiten 2 und 3.



Tausende Wiener drängten sich in jeder U-Bahn-Station um eine erste Gratisfahrt mit der U 1

Die bürgerliche Presse, die nach den reich gespendeten Vorachtfußballbeeren für Taus in rascher Ernüchterung Heldenverehrung so lange entbehren mußte, hat wieder einen Heiden. In Druckerschwärze als Alexander der Große bis „Alexander der Große“ gefeiert, wird der Grazer Bürgermeister und designierte FP-Obmann Götz zur Hoffnung für alle die, in deren seltsamer Optik sich die achtjährige Regierungszeit der Sozialisten gegenüber dem halben Jahrhundert konservativer Herrschaft in dieser Republik wie eine Unendlichkeit ausnimmt. „Zeichen und Wunder geschehen“, überpuzelt sich die „Presse“, und angesichts solcher Freude über den neuen Wundermann wird die zugleich übernommene Aufgabe, die Warnungen der Sozialisten vor einem neuen Bürgerblock

Ein Gespenst?

herunterzuspielen, zur mehr oder weniger gelungenen Selbstdarstellung gespaltenen Seiten. Der „Kurier“ jubelt mit Alexander der Große: „Mit OVP absolute SP-Mehrheit brechen!“ Daneben läßt sich der Kommentator Respekt für den frischgebackenen FP-Obmann abringen. Und während sich sein Chefredakteur auf Seite 3 über die angebliche Verteufelung des „Kurier“ durch die Sozialisten ausweint, zeigt Herr Rabi auf Seite 2, wie man dort selbst denkt (und es daher gar keiner Verteufelung, sondern nur der Lektüre des „Kurier“ bedarf), um sich über dessen Politik klarzuwerden! Gegen Götzens Befehlung des Bundeskanzlers würden Betriebsratsproteste „organisiert“. So, als ob gegen eine Unanständigkeit in Österreich die Protesten organisiert werden müßten: offenbar geht das nicht in das Hirn gewisser „Kurier“-Redakteure, daß sich Empörung gegen etwas, das sich Herr Vorhofer in der „Kleinen Zeitung“ als „sprachvolle Derbheit“ zu definieren traut, spontan äußert. Und dann das Stichwort Bürgerblock! „Geisterbahn-niveau“, schallt es aus der diesen offenbar schon vorwegnehmenden Bürgerpresse, „Hirngespinnst“, „Dummlichkeit“. Und auf den gleichen Seiten, auf denen die steirische Landes-hauptmann offenherzig das Projekt enthüllt, den Grazer Bürgermeister möglichst bald als Vizekanzler nach Wien loszuwerden, auf den gleichen Seiten, auf denen man sich ein gezwungenes Lächeln über eine VP-FP-Koalition selbst um den Preis des Amtes des Bundeskanzlers abringt, wird der Bürgerblock mit frommem Augenaufschlag zum Propagandaschlag der Sozialisten.

Bürgerblock, das heißt ja nach nicht-Bürgerkriegsarmee und grüne Diktatur. Aber es bedeutet die beuhte Absicht, die stärkste gesellschaftliche Kraft in diesem Land von der politischen Verantwortung auszuscheiden und koste es, was es wolle. Und davor kann man gar nicht früh genug warnen.

Manfred Scheuch

Weiter Proteste gegen Götz Niederl will Bürgerkoalition nicht ausschließen

WIEN, GRAZ (apa). Die Proteste gegen den politischen Still von FPÖ-Obmannanwärter Götz ebten nur langsam ab. Samstag protestierte die Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr. Konzeptrecht machte der steirische ÖVP-Obmann Niederl Freitagabend für eine Bürgerkoalition Stimmung: „Eine ÖVP-FPÖ-Koalition auf Bundesebene ist nicht auszuschließen.“

Für Koalitionen seien alle Möglichkeiten offen, sagte Niederl, der zusammen mit seinem Parteifreund Krainer wesentlich beigetragen hat, daß der Grazer Vizebürgermeister Hasiba die Chance, Grazer Bürgermeister zu werden, vorbeigehen ließ. Niederl präsentierte auch seine alte Idee, eine Konzentration aller Parlamenten zu bilden, wieder. Eine „beispiellose Verrohung des

politischen Stils in Österreich“ ist in den Augen der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr der Ausfall Götz gegen Bundeskanzler Kreisky. Die politische Auseinandersetzung in Österreich muß sich in einem Rahmen bewegen, der eines Mindestmaßes an Anständigkeit nicht entbehrt. Auch die Mitarbeiterkonferenz der SPO Wien-Hernals protestierte gegen die „provokante Äußerung“ Götz.

Amman bei Friedensgesprächen? Britanniens Außenminister um Vermittlung bemüht

BEIRUT (upl). Der britische Außenminister Owen führte Samstag in Amman Gespräche über eine mögliche Beteiligung Jordaniens an den ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen. Er konferierte mit Kronprinz Hassan, da König Hussein sich zurzeit in London aufhält, und mit Ministerpräsident und Außenminister Mudar Badran.

Jordanien macht nach Informationen aus Amman zur Bedingung, daß sich Ägypten und Israel zuvor auf eine Grundsatzklärung geeinigt haben, in der Israel zum Rückzug aus allen besetzten Gebieten bereit ist und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennt.

Owen reist heute Sonntag nach Israel. Politische Beobachter rechnen damit, daß Hussein im kommenden Monat unmittelbar nach dem Washingtonbesuch des israelischen Ministerpräsidenten Begin ebenfalls in die USA reist. In westlichen diplomatischen Kreisen Beirut hieß es Samstag, Präsident Carter würde gewiß nicht zu einem neuen Treffen mit Hussein bereit sein, wenn er nicht mit Koncessionen rechnen würde, die den Weg für eine Beteiligung Jordaniens an den Friedensgesprächen ebnet könnten. Dayan sprach sich für größere Flexibilität aus.

Dem Vernehmen nach plante der Präsident, die Bergleute unter dem Taft-Hartley-Gesetz zwangsverpflichten, was bis zu einem Geltungszeitraum von 80 Tagen möglich ist.

Friedliche Beilegung des US-Bergarbeiterstreiks

WASHINGTON (upl). Nach massivem Druck von seiten des Weißen Hauses haben sich Gewerkschaft und Unternehmer im amerikanischen Bergarbeiterstreik in der Nacht auf Samstag auf eine vertragliche Regelung des bereits 81 Tage dauernden Arbeitskampfes geeinigt.

US-Präsident Carter appellierte in einer Fernsehrede an die 160.000 in der Bergarbeitergewerkschaft organisierten Kumpel, der Regelung zuzustimmen, da sonst drastische Maßnahmen nötig sind.

Dem Vernehmen nach plante der Präsident, die Bergleute unter dem Taft-Hartley-Gesetz zwangsverpflichten, was bis zu einem Geltungszeitraum von 80 Tagen möglich ist.

Heute im TV
um 11 Uhr Diskussion mit
Bgm. GRATZ
zu den Themen Spitäler, Atomkraftwerke

Zukunft sichern
Starke Wirtschaftsimpulse sichern die Zukunft jedes einzelnen. Weil wir alle an die Zukunft glauben, sagen wir:
INVESTIEREN und SPAREN
MIT DER BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT
BAWAG